

Calmer Tagblatt

Nr. 275.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Vertheilungswette: 6 mal wöchentlich, Anzeigenspreis: Die kleinste halbe Seite 60 Btg. Bestellungen 2. — Auf Sammelanfragen kommt ein Zuschlag von 100% — Preis 1/2 B.

Mittwoch, den 24. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn Wfr. 12,00 vierteljährlich, Postbezugspreis Wfr. 12,50 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Völkerbund und die armenische Frage.

Die armenische Frage wurde in der vorgestrigen Sitzung der Völkerbundsversammlung zum Anlaß einer grundsätzlichen Aussprache über den Charakter und den Machtbereich des Völkerbunds genommen. Lord Cecil, der Vertreter Br.-Südafrikas, beantragte, der Völkerbundrat möge sich unverzüglich mit dieser Frage befassen und der Völkerbundsversammlung Vorschläge zur Rettung der Reste des armenischen Volkes unterbreiten. Der Präsident des Völkerbundsrats, der englische Außenminister Balfour, wies auf die Schwierigkeiten einer wirksamen Aktion in Armenien hin, weil sich kein Staat gefunden habe, der das Mandat im „Völkerbund“ über Armenien übernehmen wolle. Am geeignetsten (!) seien immer noch die Vereinigten Staaten von Amerika, die aber auf militärische und finanzielle Mitwirkung auch der andern Staaten rechnen müßten. Man muß sagen, die Herren Angelsachsen sind hier wieder einmal an der Arbeit, den glänzendsten diplomatischen Schachzug zur Verschleierung ihrer Welt Herrschaftspolitik zu führen. Wie erinnerlich war die Frage der Uebernahme des „Mandats“ von Armenien durch Amerika schon einmal und zwar kurz nach dem Abschluß des Waffenstillstands Gegenstand der Erörterungen innerhalb der Entente. Die armenische Regierung lehnte damals jedoch dieses Mandat ab, u. G. lediglich aus politischen Gründen, weil man nämlich befürchtete, man möchte auf diese Weise die orientalischen Völker noch mehr gegen die Angelsachsen aufbringen, und auch dadurch eine russisch-japanische Propaganda gegen die angelsächsischen Welt Herrschaftsgelüste begünstigen. Unter dem vorgeblichen Druck des Parlaments nahm daher die amerikanische Politik seit dem Waffenstillstand scheinbar passiven Charakter gegenüber den Vorgängen in Europa und im Orient an, und nur durch die etwas weniger disziplinierte Jingo-Prese merkte man bei Gelegenheit, daß die Herren Yankee es wie die Kage treiben, die die gefangene Maus scheinbar achlos behandelt, um aber bei einem Befreiungsversuch des armen Tiers umso rascher wieder zuzugreifen. Wir erinnern nur an die wüste Deutchenheke in der amerikanischen Presse, als die Volkswirtschaften sich der deutschen Grenze in diesem Sommer genähert hatten, und man über dem Ozean befürchtete, wir würden mit Rußland zusammengehen. Jetzt aber werden die angelsächsischen Pläne auf feinste Weise über den harmlosen Weg des „Völkerbunds“ zu verwirklichen gesucht. Amerika spreizt sich noch ein bißchen, aber die Ententevertreter im „Völkerbund“ bereiten den Weg vor, um den Herren Yankee das armenische „Mandat“ zu verschaffen, das diese selbstverständlich nur aus rein „christlichen“ Beweggründen übernehmen werden, und — o Treppenwitz der Weltgeschichte — sich auch noch für diese kulturelle Großtat militärisch und finanziell unterstützen lassen. Die ehemals neutralen Mitglieder dieses famosen „Völkerbunds“ merken aber, oder wollen nicht die grinsenden Fragen der Angelsachsen und Romanen merken angesichts der Unterstützung ihrer Welt Herrschaftspolitik durch den „Völkerbund“. Was würde den Völkerbund das Schicksal Armeniens kümmern, wenn die Entente dort nicht eine wirtschaftliche und militärische Operationsbasis errichten wollte. Batum gehört zu den reichsten Mineralölgebieten, deshalb hat Wilson als „Schlichter“ auch den Armeniern diese Hafenstadt zugesprochen; außerdem kann man durch die militärische Befestigung von Armenien den Russen den Weg nach Mittelasien versperren, und so die restlose Landverbindung von Britisch-Südafrika mit Indien sichern. Da aber die Amerikaner — was man in Deutschland immer noch nicht allgemein einsehen will — in enger Zusammenarbeit mit England stehen, so sollen sie die Pfahnhatter dieses wirtschaftlich und strategisch sowohl für die Orient- wie für die Welt-politik hochwertigen Gebiets werden, weil die Sache so harmlos aussieht und weil man zudem den „Völkerbund“ noch für diesen feinen „Tipp“ gewinnen kann.

Während der Vertreter Englands in der Völkerbundsversammlung nicht so sehr für ein aktives Eingreifen des Völkerbunds zu plädieren schien als vielmehr für eine Vermittlung zwischen den türkischen Nationalisten und Armenien, und gleichzeitig Amerika als „Mandatar“ zu lancieren bestrebt war, platzte der französische Vertreter, der frühere Ministerpräsident Briand, mit dem ganzen derzeit vulkanischen Charakter der französischen Kriegs- und Sieges-psyche über die wahren Absichten der Entente hinsichtlich des „Völkerbunds“ heraus, indem er erklärte, es sei nicht die Schuld Frankreichs, daß die Völkerbundsversammlung keine Machtmittel und auch nicht die nötige Autorität besitze, um die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen. Frankreich habe seinerzeit in Versailles einen „Völkerbund mit einer wirklichen internationalen Kraft“ schaffen wollen.

Vergessen hat der Franzose nur anzufügen, daß Frankreich diese „internationale Kraft“ zur Sicherung des Raubs der Entente verwenden wollte, wozu eine große Anzahl von Völkerbundsmitgliedern heute anscheinend noch nicht in jedem Falle bereit ist. Wenn man aber sieht, wie der von der Entente zweifellos gefaßte schwedische Sozialistenführer Branting sich für den „Völkerbund“ einsetzt, und auch andere Mitgliedsstaaten sich bei diesem Raubtrüßel anscheinend recht wohl fühlen, so wird man die von uns immer und immer wieder zum Ausdruck gebrachte Forderung verstehen können, daß Deutschland, wenn es nicht von der Riesenpropaganda der Ententevölkerbunds-idee moralisch und völkisch erdrückt werden will, nicht rasch genug die Welt über die Ziele der Angelsachsen und Romanen aufklären kann, und vor allem darüber, daß die ganze Politik der Entente Deutschland gegenüber nicht etwa von dem Gesichtspunkt einer gerechtfertigten „Wiedergutmachungs“-Forderung geleitet ist, sondern von dem teuflisch-plannmäßigen Streben nach moralischer, wirtschaftlicher und völkischer Vernichtung eines sittlich und geistig ehemals an der Spitze der Kulturvölker marschierenden Volkes. Daß die Entente diesen Krieg gewollt und mit größtem Raffinement herausgefordert hat, darüber ist sich heute jedermann klar, dessen Hirn nicht von internationalen Ideen benebelt ist, daß sie nicht die „Freiheit“ der Völker will, sondern deren Unterjochung und Ausbeutung betreibt, das sieht man an der brutalen Unterdrückung der orientalischen Völker, an der Unterdrückung Indiens, Ägyptens, Irlands, an dem schamlosen Wirtschafts- und Hungerkrieg, den die Entente heute noch gegen das militärisch wehrlose deutsche Volk führt. Und wenn angesichts des Massenmordes, den der Ententeimperialismus seit Jahren zwecks Erlangung der militärischen und wirtschaftlichen Welt Herrschaft ausübt, Lord Cecil von den „furchtbaren Greuelthaten in Armenien“ zu sprechen wagt, so wäre diesem wachschreienden Angelsachsen zu bedenken, er brauche nur an die Greuel denken, die seine Landsleute in dem Lande ausgeübt haben, das er jetzt zu vertreten die „Ehre“ hat, und die von den Engländern zur Zeit kaltblütig in Irland begangen werden. Wir fragen, was hat die Entente bei den orientalischen Völkern zu tun, und wir fragen weiter, sind die ehemals „Neutralen“ Europas und Südamerikas wirklich moralisch so tief gesunken, daß sie ihren Namen für eine Völkerorganisation hergeben, die unter dem Dementel von Menschlichkeitsredensarten einen Wirtschaftsimperialismus verfolgt, der jedem Rechts- und Moralempfinden der zivilisierten Welt Hohn spricht?!

O. S.

(W.B.) Genf, 23. Nov. Das Bureau der Völkerbundsversammlung hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab. Es ernannte eine Kommission von 6 Mitgliedern, die beauftragt ist, die Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, den Feindseligkeiten zwischen Armenien und den Kemalisten ein Ende zu machen. Die Zusammenfassung dieser Kommission wird morgen in der Völkerbundsversammlung bekanntgegeben.

* Genf, 22. Nov. Die dritte Kommission, die sich mit dem internationalen Gerichtshof zu befassen hat, nahm einen Bericht des Präsidenten Leon Bourgeois entgegen, der u. a. erklärt, die Kommission dürfe nicht auseinandergelhen, ohne durch ihre Arbeiten es der Völkerbundsversammlung möglich gemacht zu haben, der Welt den internationalen ständigen Gerichtshof zu schenken. Eine Unterkommission von zehn Mitgliedern, von denen die Hälfte dem juristischen Komitee in Haag angehört, wurde mit der Prüfung der Einzelheiten der Frage betraut.

Mißglückter Unterdrückungsversuch des deutschen Antrags auf Zuweisung von Kolonien.

(W.B.) Genf, 23. Nov. Die deutsche Note über die Kolonien rief heute eine lebhafteste Debatte zwischen dem Präsidenten Hymans und dem Delegierten Australiens Wilson hervor. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hatte die deutsche Note der Versammlung nicht offiziell übermittelt, sondern einfach als Drucksache mit den zahlreichen anderen täglich einlaufenden Drucksachen verteilen lassen, so daß formell eine wirkliche Uebermittlung an die Völkerbundsversammlung nicht stattgefunden hatte. Wilson beschwerte sich unter Berufung auf das Reglement über dieses Verfahren anläßlich eines so wichtigen Schriftstückes. Präsident Hymans entgegnete sichtlich nervös. Nach vielfachem Hin und Her wurde ein Antrag Wilsons auf Diskussion der Note in der Donnerstagsitzung in Aussicht gestellt. — (Deutschland beruft sich auf die 14 Punkte Wilsons, auf deren Grundlage der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, und in denen Deutschland ebenfalls Kolonien zugesprochen worden sind. Daß das der Entente peinlich ist, ist begreiflich, und wenn der Präsident, der belgische Sozialist (!) Hymans, die in Deutschland vor kurzem so hohe Töne geredet hat, nervös geworden ist angesichts des Antrags auf Bepfechtung der deutschen Note, so ist das wiederum begreiflich.)

Die Abrüstungsfrage im Völkerbund.

(W.B.) Genf, 24. Nov. In der Sitzung der Abrüstungskommission erklärte Leon Bourgeois, daß vor der Durchführung der Abrüstung die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und folgende vier Voraussetzungen erfüllt sein müssen: 1. Notwendige Ausführung des Friedensvertrags; 2. Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen; 3. Vorlage eines Berichts der besonderen militärischen Kommission; 4. Austausch aller die militärischen Rüstungen betreffenden Angaben durch alle Mächte. — Der schweizerische Delegierte Usteri erklärte, daß auch die Schweiz wie alle andern Nationen der schweren Rüstungslasten müde und bereit sei, ihre ganze Kraft einzig den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu widmen, sobald die allgemeine Lage es erlaube. Der italienische Delegierte Schanzer wies darauf hin, daß die Finanzen der am Krieg teilgenommenen Staaten dringend eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben verlangen und der englische Delegierte Fisher beantragte, die Diskussion vorläufig zu beschränken auf das Verbot der privaten Erzeugung von Waffen, Prüfung einer Uebereinkunft über Rüstungen und die Frage des Waffenhandels. Die Sitzung wurde auf Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr vertagt. — Das ist natürlich alles nur wertloses Gerede zum Fenster hinaus.

Die Frage der Aufnahme neuer Staaten.

Genf, 23. Nov. Wie die „Schweiz. Dep.-Ag.“ erfährt, dürfte es heute schon als ziemlich sicher gelten, daß die ehemals feindlichen Staaten Bulgarien und Oesterreich in den Völkerbund aufgenommen werden, ebenso Finnland, Albanien und Luge mburg. Dagegen herrscht in der Kommission die Meinung vor, daß von der Aufnahme aller Staaten, die bisher keine offizielle Anerkennung oder eine solche nur in sehr beschränktem Umfang erhalten haben, vorläufig abzusehen sei, weil sich daraus naturgemäß gewisse Komplikationen ergeben müßten. Sodann erscheint es als sehr unvorteilhaft, daß die aus dem ehemaligen Rußland entstandenen Staaten, die sich angemeldet haben, aufgenommen werden, solange sich nicht die Verhältnisse in diesen Staaten einigermaßen stabilisiert haben und eine offizielle Anerkennung erfolgt ist.

Montenegrinische und ukrainische Proteste beim Völkerbund.

Genf, 23. Nov. Beim Völkerbundssekretariat ist eine Reihe montenegrinischer Dokumente eingegangen, in denen gegen die serbischen Proteste protestiert und der Völkerbund ersucht wird, eine internationale Untersuchungskommission nach Montenegro zu entsenden. Das begleitende Schriftstück ist gezeichnet von Blamenat, Ministerpräsident und Minister des Äußeren von Montenegro. — Das ukrainische Nationalkomitee in Amerika fordert in einer Zuschrift an den Völkerbund dessen Eingreifen, um die barbarischen polnischen Truppen zum Verlassen der Gebiete des ukrainischen Ostgaliziens, Scholms und Wolhyniens zu veranlassen. Außerdem sollen die Rumänen zur Räumung der ukrainischen Gebiete in der Bukowina veranlaßt werden. Schließlich wird noch die Anerkennung der ukrainischen Republik gefordert.

Genf, 23. Nov. Die montenegrinische Regierung richtete ein Aufnahmegesuch an den Völkerbund, in dem sie darlegt, daß nur infolge der zwangsweisen Annexion durch Serbien das Königreich Montenegro an der sofortigen Aufnahme in die Liga gehindert wurde, und in dem sie auf Grund feierlicher Versprechen von den Mächten den Abzug der serbischen Truppen verlangt.

Zur äußeren Lage.

Gegen die polnische Unterdrückungspolitik in den ehemaligen deutschen Gebieten.

Berlin, 23. Nov. In Beantwortung einer ganzen Reihe polnischer Beschwerdenoten hat die deutsche Regierung nunmehr ihrerseits der polnischen Regierung eine eingehende Aufzeichnung durch die Gesandtschaft in Warschau übergeben lassen, worin auf die Verletzungen und Bedrückungen nachdrücklich hingewiesen wird, denen bis in die letzte Zeit die ohnehin schon schwer leidende deutschsprachige Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten ausgesetzt ist. Die Abhängung wirtschaftlichen Verkehrs zwischen beiden Ländern kann kaum zu einem ersprießlichen Ende gelangen, wenn nicht der Wille zum Frieden den Geist beider Länder beherrscht. Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß in Zukunft es den unabhängigen Bemühungen der beiden Regierungen gelingen wird, der Verhetzung der beiden Nationalitäten gegeneinander einen Riegel vorzuschieben und daß auch die Mitteilung vorstehender Tatsachen dazu beitragen wird, der Wiederholung nicht zu billigen Uebergriffe nachgeordneter Stellen auf polnischer Seite vorzubeugen, um damit die Möglichkeit geordneter nachbarlicher Beziehungen zu erweitern.

ist ausführlich, mußte in den heutigen teuren Kosten zu bedauern. Doch der bedehnten prächtig gab sie doch

Winter wurde bloßen Zuruf im Wert von langreichem Pro-Erfolg von zwei hollen Schaden-er Sache zu be-Revision zurück

drucker: Calw mann Calw.

er. ung. erer adung Bekannte auf 920, in das moos freud-

moos. weller.

eider

nden in allen reislagen

len, aße 36.

ter, Calw Strümpfe rennsocken.

ie Sie Prospekt von br. Dongus, eckenpfromn.

rmelasse und Futtermehl it solange Vorrat thhandlung Luz.

nder irkte des arbezirke Blattes das Stück

Die Unterhaltungskosten der amerikanischen Besatzungstruppen.

(W.B.) Berlin, 23. Nov. Wie aus Koblenz gemeldet wird, heißt es in dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs, daß die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland sich auf 257 Millionen Dollar belaufen, wovon Deutschland 32 1/2 Millionen bezahlt habe. — (Ein Dollar gilt jetzt 83 M., woraus sich die wahnsinnige Höhe des Aufwands für etwa 10 000 Mann ergibt.)

Die Milchhühnerfrage vor der Entscheidung.

Berlin, 23. Nov. Zu den Verhandlungen über die Vieh- ablieferung heißt es in der „D. Allg. Ztg.“: Ueber den Stand der Milchhühnerfrage erfahren wir, daß heute in Paris die entscheidenden Besprechungen stattfinden, die zu einem Beschluß führen dürften. Das Resultat dieser Besprechungen wird kaum vor morgen in Berlin bekannt werden. Bisher ist über eine entgegenkommende Haltung der Entente in dieser Frage bei den hiesigen Stellen nichts bekannt. Meldungen Berliner Blätter über ein solches Entgegenkommen sind zum mindesten fraglich verfräht, wenn nicht unwahrscheinlich.

Die griechische Königsfrage.

Athen, 23. Nov. (Havas.) Die Regierung hat, um die Rückkehr Konstantins zu beschleunigen, beschlossen, unwiderruflich eine Volks- abstimmung auf der Grundlage der Wählerlisten vorzunehmen. Das Datum des Plebiszits wurde vom 28. November auf den 5. Dezember verschoben. Der Regierungspresse zufolge wird sich Nkhalis in die Hauptstädte der Entente begeben, um direkte Besprechungen anzuknüpfen.

London, 23. Nov. (Havas.) Die „Morningpost“ meldet aus Athen: Stratou, dem die Regierung die Kammerpräsidentschaft angetragen hat, habe erklärt, daß die Kammer in ihrer Donnerstag- sitzung sich über die Entscheidung, die Regierung Konstantin anzu- erkennen, werde aussprechen müssen. Es herrsche kein Zweifel, fügt er hinzu, daß sie diesem Beschluß durch Akklamation beitreten werde. Die Entscheidung der Kammer werde sodann der Anerkennung des Volks im Referendum unterbreitet.

Der Druck der Entente auf Griechenland.

(W.B.) Paris, 23. Nov. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß sowohl in Luzern bei König Konstantin als auch in Athen bei Ministerpräsident Nkhalis ein offizieller Schritt der englischen Regierung unternommen wurde, um wissen zu lassen, daß die Rückkehr König Konstantins auf den Thron nicht gern gesehen werde. Falls sie erfolgen sollte, könne Griechenland nicht mehr darauf rechnen, die Gebiete zu erhalten, die ihm zuerkannt wurden. Man hofft, daß König Konstantin eine schöne Geste machen werde zu Gunsten seines ältesten Sohnes. Der Korrespondent glaubt so- gar, diese beiden Warnungen hätten bereits ihre Wirkung ge- than. Damit ist wohl, wie einige Pariser Blätter heute morgen melden, die Verschlebung der geplanten Volksabstimmung um etwa 20 Tage gemindert.

Paris, 23. Nov. (Drahtlos.) Der Gemeinderat von Paris hat an Benizelos eine Sympathieadresse gerichtet und beschlossen, eine Straße in Paris nach ihm zu benennen.

Australische Truppen in Konstantinopel.

Paris, 23. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel sind dort vorgestern drei australische Bataillone zur Verstärkung der Garnison eingetroffen.

Ausland.

Schwere Erkrankung der ehemaligen deutschen Kaiserin.

Amsterdam, 23. Nov. Nach Ansicht der Ärzte bezieht sich die ehe- malige deutsche Kaiserin keine unmittelbare Lebensgefahr. An ihrem Lager weilen der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Walbert, Prinz Oskar und Herzog und Herzogin von Braunschweig.

Das Programm der neuen

österreichischen Regierung.

(W.B.) Wien, 24. Nov. (Nationalrat.) Bundeskanzler Ma- yer entwickelte gestern das Programm der neuen Regierung, wobei er die wirtschaftliche Arbeit zur Lösung der Frage der Ernährung und der Geldentwertung als die Hauptaufgabe erklärte. In Besprechung des Verkehrswezens erklärte der Bundeskanzler, daß die zwischenstaatlichen Verkehrsbeziehungen, insbesondere mit den Nachbarstaaten zu Vereinbarungen namentlich hinsichtlich der allgemeinen Tarifbestimmungen aus- gestattet werden sollen. Im Bereich der Handelspolitik werde die Regierung bestrebt sein, den Abschluß weiterer wirtschaft- licher Uebereinkommen mit dem Ausland fortzusetzen. Bezüg- lich des Schulwesens trete die Regierung für eine sachgemäße Schulreform ein bei voller Wahrung des Religionsbedürfnisses der Kindesseele und ohne Verletzung des religiösen Empfindens des Volkes. Bezüglich der Arbeiten auf dem Gebiet der Justiz- verwaltung erinnerte der Bundeskanzler an das Verlangen nach einem neuen Strafgesetz und den Wunsch nach möglicher Angleichung der österreichischen Strafgesetzgebung an die des Deutschen Reiches. Bezüglich der äußeren Politik erklärte der Bundeskanzler: Wir wollen gute und vertrauensvolle Bezie- hungen zu allen Staaten ohne Ausnahme, besonders freundschaftliche aber zu unserm großen Brudervolk, dem Deutschen Reich, mit dem uns über die Landesgrenzen hinweg die engsten Bande des Blutes und eine durch Jahrhunderte bewährte Kulturgemeinschaft verbinden. Die loyale Einhaltung der Verpflichtungen des Friedensvertrags von St. Germain erachten wir innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit als selbstverständlich, doch auch unsere Rechte werden wir jederzeit geltend machen. Dies gilt insbesondere in bezug auf unser Recht bezüglich Westungarn. Unsern Nachbarn in den Nach- barstaaten gönnen wir ihre Unabhängigkeit. Auch wir wollen auf die Wahrung unserer politischen Freiheit und Unabhängig- keit ebenso wie sie bedacht sein.

Deutschland.

Das Schicksal der in Frankreich noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. Nov. Im Reichstag schloß die auf Anfrage des Abg. Freiherr v. Bersner wegen der Freilassung der in Avignon noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen Regierungskommissar Stäcker die Bemühungen der Friedensdelegation und der deutschen Regierung, die Einziehung dieser Gefangenen in die unter die Lebensbe- dingungen fallenden Kriegsgefangenen zu erwirken. Als dies nicht der Fall war, wurde eine neue Note an die französische Regierung gerichtet, auf die die Antwort erfolgte, daß die Angelegenheit den zuständigen französischen Behörden übergeben worden sei. Die Frage der Begnadigung werde geprüft werden. Wenn diese im Augenblick noch nicht gelöst sei, so treffe die deutschen Behörden auf jeden Fall keine Schuld. Im übrigen sei alles geschehen, um das Los der Ge- fangenen zu mildern. Für das leibliche Wohl, für Kleidung sei von der deutschen Regierung gesorgt. Auch die Behandlung sei eine bessere geworden. Alles in allem sei erreicht worden, daß der leib- liche Zustand und die seelische Spannkraft der Gefangenen sich ge- hoben hätten. Unterwäsche, Strümpfe, Zigarren und Zigaretten seien in ausreichender Menge von der deutschen Regierung nach Avignon geliefert worden. Die Fürsorge sei in durchaus sachgemäßer Weise geregelt. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoff- nung, daß recht bald von Seiten der französischen Regierung die end- gültige Lösung dieser Angelegenheit erfolgen werde. Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorträge vertagte sich das Haus auf morgen Mittag 1 Uhr. Tagesordnung: 2. Etatsberatung. Schluß 3 Uhr.

Der Bergbaubeamtentag für die Volksozialisierung.

Berlin, 23. Nov. Auf dem Bergbaubeamtentag des Bundes technischer Angestellten und Beamten aus sämtlichen Bergbaubetrieben Deutschlands wurde die Volksozialisierung des Bergbaus verlan- det und von der Reichsregierung ein entsprechender Gesetzentwurf ge- fordert.

Die unerträglichen Herausforderungen durch die alliierten Ueberwachungskommissionen.

Berlin, 22. Nov. Bei einer Besichtigung der Cuxhavener Kaserne durch Mitglieder der interalliierten Marineüberwachungskommission, die sich trotz dringender Warnungen durch die deutschen Behörden auch auf die im Besitz der Mannschaften befindlichen Waffen erstreckte, kam es, wie aus Cuxhaven gemeldet wird, zu gewissen Ver- lästigungen der Mitglieder der Kommission. So wurden einige der Offiziere von den mit der Reinigung der Kaserne beschäftigten Soldaten mit Wasser bespritzt. Ferner wurden die Glascheiben des Autos der Kommission, die gegen den ausdrücklichen Befehl in den Kasernehof hineingefahren war, zertrümmert.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. November 1920.

Amtsversammlung.

Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Göts wurde letzten Samstag auf dem Rathhaus in Calw die Amtsversammlung abgehalten. Der Leiter gedachte mit ehrenden Worten des vor einigen Tagen verstorbenen Mitglieds, Schultheiß Sch- ne- iber von Leinach. Die zur Beratung stehenden Gegen- stände wurden folgendermaßen erledigt: Die nach dem Natu- ralleistungsgebot zu bestellenden Sachverständigen wurden für die Jahre 1921/22 neu gewählt. — Der Stadtgemeinde Calw wurde zu den Kosten des Realprogymnasiums ein jährlicher Beitrag von 5000 M., zu denjenigen der Frauenarbeitschule 1000 M. und zu denjenigen der Gewerbeschule 2000 M. bewilligt. Außerdem wird die Amtskörperschaft sich an dem Aufwand der Stadtgemeinde Calw für Reinigung, Heizung, Beleuchtung und Bedienung der Landwirtschaftlichen Winterschule hälftig be- teiligen. — Die Kosten der Kautionsversicherung der amts- körperschaftlichen Rechner wurden auf die Amtskörperschaft übernommen. — Der Jahresbeitrag der Amtskörperschaft an die Kinderrettungsanstalt Stammheim wurde auf 600 M., derjenige an die Sanitätskolonne Calw auf 150 M. und der- jenige für die Diakonissenanstalt Hall auf 100 M. festgesetzt. — Die Sitzung des Landesverbands der Württ. Amtskörperschaften erhält in ihrer neuen Fassung die Zustimmung der Amtsversammlung. Entsprechend dem Antrag des Bezirksrats wurden die Rechte desselben bei der Verwaltung der Ober- amtsparlasse erweitert, um den Betrieb der Oberamtsparlasse beweglicher zu gestalten. Auch wurde die Haftverbindlichkeit, welche durch die Uebertragung der Tätigkeit einer Annahme- stelle zur Abzahlung des Reichsnotopfers seitens der Ober- amtsparlasse erforderlich geworden ist, auf die Amtskörperschaft übernommen. — Die Entschädigung für das Bezirksarbeitsamt wurde neu geregelt. Im Anschluß hieran machte der Vorsit- zende darauf aufmerksam, daß die Amtskörperschaft vor einer Entwicklung stehe, welche die Schaffung von weiteren Amts- räumlichkeiten notwendig mache. Es habe keinen Zweck, die Augen hierd- zu verschließen, und es werde auch nichts Gutes geschaffen, wenn man die Sache auf die lange Bank schiebe. Er beantrage, die Amtsversammlung wolle in eine Aussprache eintreten und dem Bezirksrat Vollmacht erteilen, in der Sache vorzugehen. Hieran schloß sich eine lange und lebhaft- e Debatte an, in welcher die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände anerkannt und dem Bezirksrat zuletzt die Legitimation ein- geräumt wurde, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um diese Frage einer endgültigen Lösung näher zu bringen. — Das Schußgeld für erledigte Raben wurde neu geregelt. — Der An- trag des Bezirksrats, die Kosten der Desinfektion bei Men- schenkrankheiten auf die Amtskörperschaft zu übernehmen, wurde gutgeheißen, desgleichen der Antrag des Bezirksrats auf Uebernahme der Hälfte der Transportkosten von Pferden usw. zur Gasbehandlung nach Ludwigsburg. — Nunmehr gab der Vorsitzende die Akten über die Errichtung eines Bezirksgewerbe- gerichts für den Bezirk Calw bekannt. Dem Bezirksgewerbe- gericht käme die Aufgabe zu, die Streitigkeiten zwischen Arbeit-

gebern und Arbeitnehmern in gewerblichen Angelegenheiten zu entscheiden. Gewerbegerichte sind keine Neuschöpfungen. Es bestehen solche in Deutschland schon zahlreich seit 30 Jahren. Sie haben in ihrem Teil dazu beigetragen, zwischen den strei- tenden Parteien zu schlichten und Frieden zu schaffen. Der Wunsch, ein Bezirksgewerbegericht ins Leben zu rufen, ist in den Kreisen der Arbeiterschaft des Bezirks ein sehr lebhafter. Der Bezirksrat, dem die Bitte zunächst vorgebracht worden war, hatte sich ihr nicht verschlossen und entsprechende Anträge an die Amtsversammlung (mit 6 gegen 2 Stimmen) gestellt. In der Amtsversammlung wurde die ganze Frage auf breiter Grundlage aufgerollt. Lebhaft tobte der Redekampf des Dafür und Dagegen. Bei der Endabstimmung wurde die Errichtung des Bez. Gewerbegerichts mit 16 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende machte zum Schluß darauf aufmerksam, daß bei diesem Abstimmungsergebnis damit zu rechnen sei, daß die Frage der Errichtung des Bez. Gewerbegerichts die Amtsver- sammlung bald wieder beschäftigen werde. — Nunmehr kam der Vorschlag der Amtskörperschaft für 1920 zur Beratung. Das Bild ist ein wenig erfreuliches. Die Ausgaben wachsen, ohne daß die Einnahmen damit Schritt halten. Bei diesem Anlaß wurde die Frage aufgerollt, wie es mit den Postkosten künftig gehalten werden soll. Die Amtskörperschaft hat bisher für eine Reihe von Behörden und Einrichtungen Amtskörperschaftsmarken ohne Entschädigung zur Verfügung gestellt; so insbesondere für sämtliche Gemeindebehörden, für die allgemeine Ortskrankenkasse, für die Oberamtsparlasse, für den landwirt- schaftlichen Bezirksverein und den Bezirkswohlfahrtsverein. Der Bezirksrat hatte beantragt, hier radikal durchzugreifen, und die Amtskörperschaft spürbar zu entlasten. Auch hierüber ent- wickelte sich eine größere Redebacht, bei welcher schließlich die Postfreiheit der Gemeindebehörden und auch der allgemeinen Ortskrankenkasse aufrecht erhalten wurde; dagegen wurde die Postfreiheit der Gemeindebehörden und auch der allgemeinen Bezirksvereins und des Bezirkswohlfahrtsvereins gestrichen. Hiernach wurde zur Deduktion der Unzulänglichkeiten eine Amts- körperschaftsumlage von 300 000 M. beschlossen. — Ein Stück der Strafe Unterreichenbach-Bieselsberg wurde aus der Verwal- tung der Amtskörperschaft in die Verwaltung der Gemeinde Unterreichenbach zurückgegeben. — Die Gemeinde Stammheim erhält zu der Verlegung der Strafe Stammheim-Holzbrunn den üblichen statistischen Beitrag. — Zum Schluß trug der Geschäftsführer des Kommunalverbands den Geschäftsbericht über das Wirtschaftsjahr 1919-20 vor, worüber später eine be- sondere Mitteilung erfolgen wird. — Endlich wurde beschlossen, bei dem Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, daß die Rechtsfrage der Kostentragung bei Fossensetzungen in praktischen Angelegenheiten durch die Gemeinden, die seit dem 15. Oktober hienun demarkiert ist, geregelt werde.

Die Frage der Preisüberwachung.

Im Arbeits- und Ernährungsministerium fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Schall eine Besprechung mit den Vorständen der Oberämter und der größeren Städte, sowie der Preisprüfungsstellen statt, die sich auf die Ausgestaltung der Preis- überwachung und die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Preis- bildung bei den wichtigsten Bedarfsgegenständen bezog. Im Mittel- punkt der Erörterung stand die Frage der lückenlosen Ausdehnung der Tätigkeit der Preisprüfungsstellen über das ganze Land, die bisher in der Hauptsache auf die großen und mittleren Städte be- schränkt ist. Die Ansichten der Teilnehmer, insbesondere über die Zweckmäßigkeit einer verstärkten behördlichen Tätigkeit auf diesem Ge- biet gingen teilweise stark auseinander. Obwohl von verschiedenen Seiten geltend gemacht wurde, daß alle solche Maßnahmen keinen Er- folg versprechen, da nicht nur die Erzeuger und der Handel, sondern auch die Verbraucher ihnen entgegenarbeiten, so vertrat doch die Mehrheit der Teilnehmer den Standpunkt, daß eine geregelte Preis- überwachung und eine Einwirkung auf die Gestaltung der Preise durch Vereinbarungen nicht entbehrt werden könne. Es standen schließlich zwei Vorschläge zur Erörterung. Der eine erachtet für Württemberg den Fortbestand der Landespreisstelle als einzige Preis- prüfungsstelle des Landes für ausreichend. Der andere Vorschlag ging auf Bildung von 6-10 Bezirken mit je einer Preisprüfungs- stelle. Die Aussprache gab dem Ministerium wertvolle Grundlagen für die demnächst zu treffenden Maßnahmen.

Eine russisch-technische Staatskommission in Württemberg.

(S.B.) Stuttgart, 23. Nov. Wie der „Sozialdemokrat“ mitteilt, war vergangene Woche eine russisch-technische Staatskommission, die aus Morossanoff von Sturzfeld, in Stuttgart. Da die Russen nur Rüsse bis 13. November hatten, wurden sie für kurze Zeit in Haft genommen. Eine weitere Verlängerung des Aufent- halts war vom Auswärtigen Amt in Berlin bereits zugesagt. Die Kommission besuchte verschiedene Fabriken, landwirtschaftliche Ma- schinen- und Geräteleger, hatte auch eine Besprechung mit der Ge- schäftsstelle der Interessengemeinschaft Auswanderung Ost über die praktische Ausführung der Auswanderung nach Rußland. Auch die Landwirtschaftliche Hochschule-Hohenheim und das läd. Gut Klein- Hohenheim wurden besucht. Die Russen sollen sich über den garten- baumäßigen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieb in Württemberg sehr gewundert haben.

e. Nebenzell, 23. Nov. (Sitzung des Gemein- d e r a t s.) Nachdem die seitdem dem Architekten Geist (Pforzheim) gehörige Alexanderstraße durch Kauf in den Besitz der dortigen Hausbesitzer übergegangen ist, übernimmt die Gemeinde die Straße in Unterhaltung und Eigentum ohne Rückvergütung. — Die Wiederinstandsetzung der Kuranlagen, die nach dem Vor- anschlag des Gartenarchitekten Lillienstein (Stuttgart) einschließ- lich Arbeitslöhnen einen Aufwand von rund 6000 M. erfordern und unter dessen Leitung ausgeführt werden soll, wird ge- nehmigt. Der Betrag wird aus Kurmitteln gedeckt. Ueber- schüsse der Kurverwaltung dürfen jahungsgemäß nur wieder

für Zweck
Verbesser
konnten
werden.
500 M.
für Bäder
als aus
suchenden
Da der
fähig ist,
beitrags
Calw wi
Beschlo
glied
auszut
von eine
werden
Blatzfr
(S.B.)
wurde
abgege
Der Geg
(S.B.)
703 St.
den Bed
(S.B.)
hier wu
Beamt
(S.B.)
Neuchl
aus, das
den Bas
(S.B.)
fern ka
Stils.
lich am
Tage da
tungen
aus sein



2.
eine M.
3.
marken

Nehn
Hirau g
Hirau



verkauft
zum schl
Fried

Süng

EU
Hom

Spezia
Massa
Ur
Sprechz
Uhr nac

Ne

Kranke

essen zur Kräftigung täglich

Dr. Detker's Eiweiß-Nahrung

Urfrucht



Ärztlich empfohlen.
Verlangen Sie Gratisprobe
und Prospekt in den Apotheken
und Drogerien.

Evangelischer Volksbund.

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn Stadtpfarrer Richard Langmann
von Zuffenhausen über

Glaubenswerke (innere Mission)

im geheizten Saale des „Badischen Hofes“
(ohne Wirtschaft) am Montag,
den 29. November 1920 und zwar
nachmittags 5 Uhr für die Schuljugend
und abends 8 Uhr für Erwachsene.

Jedermann ist freundlichst eingeladen. Eintritt frei!
Freiwillige Gaben sind willkommen.

Der Ausschuss der Ortsgruppe Calw.

Stenographen-Verein Stolze-Schrey.

Damen, Herren, Lehrlinge, Schüler und Schülerinnen,
welche die Kurzschrift Stolze-Schrey kennen oder
lernen wollen,

bitten wir, sich am Donnerstag, den 25. November abends
8 Uhr, im Nebenzimmer des „Bürgerstübli“ ein-
finden zu wollen. Der Ausschuss.

Vereinigung ehemaliger württ. Kriegs- gefangener (E. V.)

Bezirksgruppe Calw.

Am Sonntag, den 28. November 1920, nachmittags
2 Uhr, findet im „Badischen Hof“ in Calw eine

Versammlung

statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Tagesordnung:

- Wahl des Ausschusses,
- Wahl der Vertrauensleute,
- Neuaufnahmen,
- Verschiedenes.

Ehemalige Kriegsgefangene, die auch noch nicht Mit-
glieder sind, sind herzlich eingeladen. Sonstige Personen
haben keinen Zutritt.

Der Vorstand.

Friedr. Daur, vorm. T. Schiler, Calw

Gestrickte Untertailen u.
gestrickte Damenwesten.

Wir teilen unserer werten Kundschaft mit,
daß anfangs nächster Woche ein

sehr großer Transport erstklassig.



Bieh

aller Gattung.

darunter sehr schönes

Jungvieh

zu annehmbaren Preisen

in Liebenzell

im Gasthaus zur „Sonne“ zum Verkauf
kommt. Bestellungen hierauf nehmen am
Donnerstag Mittag von 12-3 Uhr in
Liebenzell in der „Sonne“, entgegen

Rubin und Max Löwengart.

Telefon Liebenzell Nr. 6.

Weihnachten in Bethel.

Wo immer auf Erden Große oder Kleine des Kindes
von Bethlehem sich freuen, da wird es hell und warm. Je
dunkler und trauriger die Herzen sind, desto stärker möchte
der himmlische Glanz sie durchleuchten.

Das hoffen auch die Bewohner von Bethel wieder zu
erleben. Mehr als 4000 Fallsüchtige, Gemütskranke, Kriegs-
beschädigte und Heimatlose aller Art und aus allen Teilen
Deutschlands gehören zu unserer Gemeinde. Viele haben
niemand, der in Weihnachten an sie denkt. Und doch möchten
wir keinen ohne ein kleines Zeichen der Liebe lassen. Aber wie
sollen wir das anfangen, wo die Not der Zeit sich mit
immer härterem Druck auf uns legt?

Da bitten wir herzlich um Weihnachtsliebe für unsere
vielen Weihnachtsgäste. Jede kleinste Gabe ist willkommen,
besonders Kleidungsstücke aller Art, Spiele, Bilder, Bücher
oder Geld, um das zu kaufen was Große und Kleine er-
freut. Je eher die Gaben in unsere Hand kommen, um
so lieber ist es uns.

Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße
Bethel bei Bielefeld, im November 1920.

F. v. Bodelschwingh, Pastor.

Postfachkonto: Nr. 1904 Hannover.

Bodenteppiche

in schöner Auswahl

ERNST SCHALL.

Winterschuhe

in allen Größen empfiehlt

Friedrich Nägele, Altburg.

Delmühle Gärtringen.

Bringe meine neuzeitlich eingerichtete

Delmühle mit Delisaaten-Puzerei
in empfehlende Erinnerung.

Schlaglohn nur 10 Pfg. pro Pfd.

Montag, Dienstag und Freitag: M o h n.

Samstags: Keps, Lein, Hauf, Hederich usw.

Kaufe M o h n zu 600, Keps zu 420 und
Lein zu 320 Mk. pro Zentner,

auch in kleinsten Mengen, bitte um Angebot mit Quantum.

Wilh. Guhl, Tel. 11.

Felle

für Leder wie Pelzfabrikation kauft
zu d. aller höchsten Tagespreisen an

Erich Maischofer,

moderne Tierausstopperei,

Lindenstr. 52. Pforzheim Teleph. 1501.

Wandkalender

mit Verzeichnis der Märkte des
Bezirks und der Nachbarbezirke

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück
zu 60 Pfg. erhältlich.

Schuh- u. Wäscheverkauf

der freien Gewerkschaften Pforzheim, Klostermühl-
gasse 1.

Neu eingetroffen:

Christbaumkerzen, blaue Arbeitsanzüge in hervorrag.
Qualität,

Arbeitshosen aus englisch Leder, Strickwolle verschiedene
Qualitäten,

ein großer Normalhemden woll-, Unterhosen in verschied.
Posten la. gemischt, Damen, Preislagen.

Serner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Anzugstoffen, Kostümstoffen für Damen, Kleiderstoffen

für Kinder, Flanellen aller Art, Wäschetuche,

Aussteuerartikeln, Herren- und Damenhemden,

-Unterjacken und -Hosen in allen Qualitäten
und Preislagen.

Besonders empfehlenswert:

ein Posten Hemden mit Einsätzen für Herren, Leib- und
feiner feidener Seelhosen für Kinder, Kammgarn-Sweater, Strümpfe

für Herren, Damen Handtücher, Putztücher.

Schuhe für Haus und Straße, für Damen, Herren und Kinder.

la. Kernseife, Toilettenseife, Rasierseife,
Seifenpulver, Haushaltkerzen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dringend,

ihre Weihnachts-Einkäufe jetzt schon zu erledigen,
da die Preise für alle von uns geführten Waren in fortwährendem Steigen
begriffen sind.

Unser Verkaufslokal ist geöffnet täglich von 9-1 Uhr vormittags,
von 3-6 Uhr nachmittags.

Verkauf an Jedermann.

KRAFT & WÖHR

PFORZHEIM

Westliche 46

Anfertigung eleganter Herren-
und Damen-Garderoben

Reichhaltiges Lager

in in- und ausländischen Stoffen

Ausführung nach den neuesten Modellen unter Garantie
für tadellosen Sitz bei mässigen Preisen

„Radikal“

mit Patronenladung für jeden Betrieb geeignet, auch erfolg-
reich bei schwer zu löschenden Bränden — Benzin-Type —
ist nach Gutachten von ersten Sachleuten der vollkommenste
und zuverlässigste

Handfeuerlöscher,

der sich in Ernstfällen massenhaft glänzend bewährte. —
Prospekte, Atteste kostenlos.

Wilhelm Narr,

„Radikal“-Apparate-Bauanstalt, Stuttgart.

Friedr. Daur, vorm. T. Schiler, Calw

Schweizer Stickereien

neue Auswahl, billige Preise.

Ein Paar starke

Zug-Ochsen

verkauft



L. Kling, Alzenberg.

1 Weberzieher

für mittlere Größe,

1 Paar Kinderstiefel

Nr. 34.

1 Kinderlamptüchlein

hat zu verkaufen

August Schaufelberger,
Zwinger 289.